

Antrag

der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

70 Jahre NATO – Aufrüstung und Kriegspolitik beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Gründung der NATO am 4. April 1949 war einer der ersten Akte des Kalten Krieges. Heute – fast 30 Jahre nach Ende dieses Kalten Krieges ist die NATO das mächtigste und am stärksten bewaffnete Militärbündnis der Welt. Auf die Mitgliedstaaten der NATO entfallen über die Hälfte der weltweiten Militärausgaben. Im Jahr 2018 sind die Ausgaben der NATO-Staaten weiter angewachsen, nach vorläufigen Schätzungen auf über 1000 Mrd. US-Dollar, eine wahnwitzige Summe angesichts der aktuellen jährlichen Militärbudgets Russlands (63,1 Mrd.) und Chinas (168,2 Mrd. Dollar).

Trotz dieser riesigen Übermacht rüstet die NATO weiter auf: Die NATO-Staaten planen, die Militärausgaben der Mitgliedstaaten auf mindestens 2 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. Für Deutschland würde die Einlösung des 2-Prozent-Ziels eine Anhebung der Militärausgaben auf über 80 Mrd. Euro bedeuten und Deutschland – noch vor Russland – mit dem größten Militärhaushalt Europas ausstatten. Die Bundesregierung verfolgt diesen Aufrüstungspfad konsequent. Nach der Aufstockung des Verteidigungsetats von 38,5 Mrd. Euro (2018) auf 43,2 Mrd. Euro im Haushalt 2019 sind weitere umfangreiche Erhöhungen angekündigt.

Die militärische Konfrontation in Europa hat sich zuletzt dramatisch zugespitzt. Mit Unterstützung durch die NATO-Mitgliedstaaten, darunter die deutsche Bundesregierung, hat die US-Regierung den Vertrag mit Russland über das Verbot der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (INF) aufgekündigt. Die Bundesregierung machte sich dabei die Interpretation der USA, dass Russland den Vertrag einseitig gebrochen habe und damit allein für dessen Ende verantwortlich sei, zu eigen und versäumte es dadurch, mit einer Vermittlungsposition aktiv für den Fortbestand des INF zu wirken. Statt gegenseitiger Schuldzuweisungen sollte die Bundesregierung darauf dringen, die im INF-Vertrag vorgesehenen Verifikationsinstrumente zur Überprüfung der Vorwürfe einzusetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland hält weiterhin an der völkerrechtswidrigen nuklearen Teilhabe fest, weshalb auf dem Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel nach wie vor US-Nuklearbomben lagern. Diese sollen im Ernstfall von deutschen Tornados oder Nachfolgesystemen in russische Ziele gebracht werden. Gleichzeitig baut die NATO ihren ballistischen Raketenschirm in Osteuropa weiter auf, der in Russland die Angst

vor einem nuklearen Erstschlag der USA nährt. Diese verantwortungslose Konfrontation bringt die Gefahr eines Atomkriegs nach Europa zurück.

Die heutige Konfrontation in Europa war nicht alternativlos. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes 1991 hatten viele Menschen auch die Auflösung der NATO erwartet. Man sprach vom Gemeinsamen Haus Europa. Doch der Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Medwedew aus dem Jahr 2008, Verhandlungen über ein kollektives Sicherheitssystem in Europa aufzunehmen, blieb von den NATO-Staaten, auch von Deutschland, unbeantwortet. Die Zusagen, die im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses gegeben worden waren, die NATO nicht in Richtung Osten auszudehnen, wurden gebrochen. Seither sind 13 mitteleuropäische Staaten in die NATO eingetreten. In diesem Jahr will die NATO mit Nord-Mazedonien ein weiteres Mitglied aufnehmen. Die NATO hat Truppen im Baltikum stationiert und führt große Militärmanöver an den Grenzen Russlands durch, was die Gefahr einer militärischen Konfrontation verstetigt, zumal Russland ebenfalls mit umfangreichen Manövern reagiert hat.

Auch auf internationaler Ebene ist die NATO ein Sicherheitsrisiko, weil sie ihre militärische Kraft zur Sicherung imperialer Interessen einsetzt. Vor genau 20 Jahren begann ihr völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit der anschließenden Besetzung des Kosovo. Unter ihren Augen wurden Hunderttausende Bewohner des Kosovo vertrieben. Seit fast 20 Jahren steht die NATO in einem Kriegseinsatz in Afghanistan. Der Einsatz hat der afghanischen Bevölkerung weder Sicherheit noch soziale und wirtschaftliche Entwicklung gebracht. Die NATO kontrolliert mit der Mission SEA GUARDIAN den gesamten Mittelmeerraum. Diese Mission ist weder inhaltlich noch räumlich begrenzt, sondern ein Freibrief für eine militärische Dauerpräsenz außerhalb des Bündnisgebiets.

In der Bundesrepublik Deutschland wird durch militärische Strukturen von NATO-Verbündeten systematisch geltendes Recht gebrochen, etwa durch die Ermöglichung von völkerrechtswidrigen Drohnenmorden, die die USA über Stützpunkte in Ramstein und Stuttgart (Africom) durchführen. Die Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland wird zudem schon routinemäßig für die Verlegung von mehr und mehr Militärkapazitäten an die Westgrenzen Russlands genutzt und dafür weiter ausgebaut, z. B. mit dem neu eingerichteten NATO-Kommando in Ulm.

Wir brauchen global und besonders in Europa aber einen Abbau der Konfrontation, Abrüstung und ein kooperatives Verhältnis zu Russland als dem größten europäischen Land. Die NATO ist ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg. Ihr Fortbestand steht einer gemeinsamen Sicherheit in Europa entgegen. An ihre Stelle sollte endlich ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands treten. Auf dem Weg dorthin müssen Kooperationsformate, die Russland einschließen, insbesondere die OSZE, politisch gestärkt werden. Die militärischen Konsultationen zwischen NATO und Russland müssen wieder aufgenommen, der NATO-Russland-Rat auf höchster politischer Ebene muss wiederbelebt werden.

Europa muss endlich atomwaffenfrei werden und die Bundesrepublik Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. An die Stelle globaler militärischer Machtpolitik muss die Bekämpfung von strukturellen Ursachen für Kriege, für den Zusammenbruch von Staaten und Flucht treten: das Ende des Freihandels und die Etablierung von Strukturen einer globalen Wirtschaft, die faire und friedliche Entwicklung ermöglicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die nukleare Teilhabe umgehend zu beenden, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland sofort einzuleiten und die Bundesrepublik Deutschland durch den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag für atomwaffenfrei zu erklären;

2. den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO zu erklären und die militärischen Infrastrukturen der NATO bzw. von NATO-Verbündeten wie die US-Luftwaffenbasis Ramstein, das NATO-Hauptquartier in Ulm und den AWACS-Flughafen in Geilenkirchen zu schließen;
3. sich für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einbeziehung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat, einzusetzen.

Berlin, den 2. April 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

